

17. Mai 2013
bis
6. Juni 2013

Um ihr Engagement bei der **Industrial and Commercial Bank of China** (ICBC) zu beenden, hat sich die US-amerikanische Großbank **Goldman Sachs** von ihren verbleibenden ICBC-Aktien im Wert von rund 1,1 Milliarden US-Dollar getrennt. Vor sieben Jahren hatte sich Goldman an der nach Börsenwert größten Bank der Welt beteiligt, aber zwischenzeitlich **Aktienpakete** der chinesischen Bank **veräußert**, zuletzt im Januar dieses Jahres.

Die US-amerikanische Investmentgesellschaft **Blackrock** will den auf Immobilien spezialisierten Private-Equity-Investor **MGPA übernehmen** und so seine Immobilien-Investment-Teams in den wichtigsten Märkten stärken. Durch diese Transaktion erhöht sich das von Blackrock verwaltete Immobilienvermögen pro forma von 13 auf etwa 25 Milliarden US-Dollar.

Die europäische Bankenaufsichtsbehörde **EBA** will die **Vergütung** von Bankmitarbeitern neu regeln. Sie hat deshalb ein Konsultationspapier veröffentlicht, das Kriterien zur Identifikation von Bankmitarbeitern enthält, die das Risikoprofil eines Instituts wesentlich beeinflussen („**material risk takers**“). Die Londoner Behörde schlägt dabei einen Identifikationsprozess vor, der auf einer Kombination von quantitativen und qualitativen Kriterien sowie internen von der Bank entwickelten Vorgaben basiert. Die Konsultationsfrist endet am 21. August 2013.

Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (**BVR**) hat in **London** ein **Büro** eröffnet, um sich gegenüber der EBA stärker für die Interessen der genossenschaftlichen Finanzgruppe einsetzen zu können.

Mit der **Hamburger Vermögensverwaltung** Albrecht, Kittka & Co. haben sich vier ehemaligen Führungskräfte der Hamburger Berenberg Bank selbstständig gemacht. Die **langjährigen Berenberg-Banker** hatten die Hamburger Privatbank bereits im Sommer letzten Jahres verlassen.

Um sich künftig auf die Vermögensverwaltung für Privatkunden und ausgesuchte institutionelle Kunden fokussieren zu können, haben sich Vorstand und Gesamtbetriebsrat der Privatbank **Sal. Oppenheim jr. & Cie.** auf eine sozialverträgliche Umsetzung der im November 2012 angekündigten Strukturanpassung verständigt. Der

Stellenabbau soll Doppelfunktionen in Organisationsbereichen von Sal. Oppenheim und Deutscher Bank auflösen und die Effizienz der Privatbank über alle Bereiche erhöhen. Die Einigung sieht eine Reduzierung der aktuell noch 870 Vollzeitstellen um bis zu 330 Stellen bis Ende 2014 vor.

Die **schleswig-holsteinische Landesregierung** hat einen Entwurf für ein **neues Sparkassengesetz** beschlossen. Unter anderem sieht der Entwurf vor, dass sich alle schleswig-holsteinischen Gemeinden, Kreise und Zweckverbände am Stammkapital öffentlich-rechtlicher Sparkassen beteiligen können. Zudem sollen sich nur öffentlich-rechtliche Sparkassen am Stammkapital öffentlich-rechtlicher Sparkassen beteiligen können, wenn sie ihren Sitz in Schleswig-Holstein haben. Die **Beteiligungsmöglichkeit** wird von 25,1 Prozent auf 49,9 Prozent ausgeweitet. Außerdem soll sich künftig der Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein (SGV) am Stammkapital beteiligen können, um besonderen Belastungssituationen zu begegnen oder stille Einlagen abzulösen..

Ende Mai hat die **Commerzbank** die **Kapitalerhöhung** zur vollständigen und vorzeitigen Rückzahlung der stillen Einlagen des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) sowie der Allianz erfolgreich **abgeschlossen**. In der Bezugsfrist wurden brutto insgesamt rund 2,5 Milliarden Euro Erlöst. Dieser Betrag wird dazu genutzt, um die stillen Einlagen des SoFFin in Höhe von rund 1,6 Milliarden Euro sowie der Allianz in Höhe von 750 Millionen Euro zurückzuführen. Zugleich hat der **SoFFin** wie angekündigt seinen **Anteil** an der Bank im Rahmen der Transaktion von 25 Prozent auf rund 17 Prozent **reduziert**.

Seit Anfang Juni nehmen die Stuttgarter Landesbank Baden-Württemberg (**LBBW**) und die Frankfurter Landesbank Hessen-Thüringen (**Helaba**) nicht mehr an der Festsetzung des europäischen Referenzzinssatzes Euribor teil. Die beiden Landesbanken wollen mit ihrem **Ausstieg** aus dem **Euribor-Panel** insbesondere rechtliche Risiken vermeiden, die bei eventuel-

len Unregelmäßigkeiten im Rahmen der Erhebung entstehen könnten.

Nach einem mehrmonatigen Bieterprozess hat die **Hypo Alpe Adria** ihre als Regionalbank tätige **Tochter in Österreich (HBA) veräußert**. Den Zuschlag erhielt die in London ansässige **Anadi Financial Holdings** Pte. Ltd., der Kaufpreis betrug 65,5 Millionen Euro. Bei einer Bilanzsumme per Ende 2012 in Höhe von vier Milliarden Euro betreut die HBA mit gut 450 Beschäftigten an 14 Standorten in Kärnten sowie Niederlassungen in Wien und Salzburg rund 56 000 Kunden.

Die **Deutsche Bank** hat sich in das **Transparenzregister der EU** aufnehmen lassen und will somit künftig auch detailliert Auskunft über Umfang und Schwerpunkte der politischen Kommunikation bei den EU-Organen geben. Das größte deutsche Kreditinstitut wird in Brüssel von vier ständigen Interessensvertretern repräsentiert.

Die Münchener **Wirecard** AG und die **payleven** GmbH, mit Sitz in Berlin und London, haben eine strategische **Partnerschaft** für neue Technologien im Bereich **Mobile Payments** vereinbart. Gemeinsam wollen beide Unternehmen am Ausbau innovativer Zahlungslösungen am Point-of-Sale arbeiten.

Vorbehaltlich der Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörden übernimmt die Schweizer Privatbank **Union Bancaire Privée**, UBP SA, das internationale **Private-Banking-Geschäft** der **Lloyds Banking Group**. Durch diese Transaktion steigt das verwaltete Kundenvermögen von UBP von aktuell 83,2 Milliarden um über zehn Milliarden Schweizer Franken.

Kurz vor Einführung der **neuen Derivatehandelsregeln** im Rahmen des Dodd-Frank-Finanzmarktgesetzes in den **USA** am 16. Juli dieses Jahres haben ausländische Banken eine **Erleichterung** bei der Implementierung der Vorschriften erzielt. Die betroffenen Institute können eine **Übergangszeit** von 24 Monaten beantragen, um die geforderte Abtrennung des Handels mit Swaps, Optionen und Futures vom US-Filialbankgeschäft umzusetzen. Im Vorfeld hatte das Institute of International Bankers die Fed eindringlich gebeten, wie den US-Instituten auch den Auslandsbanken eine Einführungsperiode einzuräumen.